



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Inge Aures, Florian Ritter, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Christian Flisek, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Ruth Müller SPD**

**Nachtragshaushaltsplan 2019/2020;  
hier: Öffentlicher Personennahverkehr (kostenloses Seniorinnen- und Seniorenticket)  
(Kap. 09 06 neue TG)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Nachtragshaushaltsplan 2019/2020 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 09 06 (Öffentlicher Verkehr, Radverkehr) wird eine neue TG „Öffentlicher Personennahverkehr (kostenloses Seniorinnen- und Seniorenticket)“ mit einer Verpflichtungsermächtigung von 40.000,0 Tsd. Euro für das Jahr 2020 ausgebracht.

### **Begründung:**

Um im Sinne einer sozialverträglichen, inklusiven und barrierefreien Verkehrswende den Öffentlichen Personennahverkehr in Bayern für Seniorinnen und Senioren kostenlos nutzbar zu machen, wird diese TG neu eingerichtete und mit einer Verpflichtungsermächtigung (VE) von 40 Mio. Euro ausgestattet. Dadurch wird ein Start des Seniorentickets in diesem Herbst möglich, da durch die VE die im Folgejahr fälligen Abrechnungen der Verkehrsgesellschaften beglichen werden können. Mit den Mitteln werden die Träger, die vom Ausfall der entsprechenden Ticketzahlungen betroffen sind, entlastet.

Ältere Menschen sollen ohne Einschränkungen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Gerade für Seniorinnen und Senioren sind öffentliche Nahverkehrsangebote oft besonders notwendig, um beispielsweise alltägliche Besorgungen zu machen oder Arztbesuche wahrnehmen zu können. Um ihnen eine hohe Mobilität in allen Alltagssituationen zu ermöglichen, ist die Einführung eines kostenlosen Tickets eine gute Möglichkeit. Nicht zuletzt ist zu beachten, dass diese Bevölkerungsgruppe überproportional von Armut betroffen ist. Der Freistaat Bayern soll daher sämtliche Anstrengungen unternehmen, um in einem flächendeckenden System der bayerischen Verkehrsverbünde ein solches Seniorinnen- und Seniorenticket einzuführen.

Mittel- und langfristig rechnen sich alle Investitionen in einen flächendeckenden, attraktiven und letztendlich kostenlosen ÖPNV deutlich: Der bayerische Verkehrssektor allein richtet durch seine Treibhausgasemissionen nach Schätzungen einen Schaden von mehreren Milliarden Euro pro Jahr an Folgekosten (vor allem für Umwelt und Gesundheit) an, Tendenz steigend. Eine Wende vom motorisierten Individual- hin zum öffentlichen Nahverkehr mit weniger Schadstoffausstoß lohnt sich also für Bayern.

Die Änderungsanträge der SPD mit einer deutlichen Erhöhung der Mittel für den ÖPNV sind für den Freistaat Bayern eine nachhaltige und entscheidende Weichenstellung bei der unverzichtbaren und überfälligen Verkehrswende.